

Die (olympischen) Geister, die Peking rief

Gudrun Wacker

Die Kontroverse um die Olympischen Spiele in Peking hat sich durch die gewalttätigen Auseinandersetzungen in Tibet deutlich verschärft: Im westlichen Ausland werden Proteste und Forderungen nach einem Boykott lauter, in China formiert sich eine nationalistische Gegenreaktion. Schwarz-weiß-Zeichnungen beherrschen die Medienberichterstattung auf beiden Seiten. China und das Ausland stecken wenige Monate vor Beginn der Spiele in Dilemmata, aus denen ein befriedigender Ausweg schwer zu finden sein wird. Versucht werden sollte es dennoch, denn die forcierte Meinungspolarisierung hilft niemandem – am wenigsten den Menschenrechten in China.

Wusste die chinesische Regierung bei ihrer Olympia-Bewerbung, worauf sie sich einließ? Vermutlich nicht. Die Ereignisse der letzten Wochen in Tibet und anderen Regionen in- und außerhalb Chinas, in denen Tibeter leben, haben nun endgültig die ohnehin kontroverse Debatte über die bevorstehenden Olympischen Spiele emotionalisiert, politisiert und radikalisiert. Aus Sicht der chinesischen Führung verwandelt sich der im Motto »eine Welt, ein Traum« beschworene Traum in einen Albtraum: Der olympische Fackellauf ist zum ideologischen und physischen Schlachtfeld mutiert, auf dem China-Gegner ihre Wut und Frustration ausagieren.

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) hat versucht, den unpolitischen Charakter der Spiele zu wahren – angesichts der aktuellen Entwicklungen allerdings vergeblich. Nun hat es erklärt, dass Sportler auch während der Spiele ihre Meinung frei

äußern können. Demonstrieren dürfen sie jedoch nicht.

Verfehlte Vergleiche – übersteigerte Erwartungen

Zunächst hatte man sich im westlichen Ausland als Vorbild für das Sportereignis 2008 hoffnungsfroh an die Olympischen Sommerspiele in Seoul 1988 erinnert: Von Olympia in Peking erwartete man mindestens einen ähnlich starken Schub in Richtung politischer Öffnung Chinas. Mittlerweile hat ein anderer – ebenso verfehlt – Vergleich die Oberhand gewonnen: Berlin 1936 – und damit verbunden die Interpretation, die chinesische Führung wolle die Olympischen Spiele einzig dazu nutzen, ihre autoritäre Herrschaft, in der Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind, international legitimieren zu lassen.

Die Entscheidung, die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2008 an Peking zu vergeben, war im Jahr 2001 auf Basis des Abschlussberichtes der zuständigen Evaluierungskommission gefallen, nach einem Kriterienkatalog, der sich vorwiegend auf geplante Sportstätten, Infrastruktur und organisatorische Kapazitäten bezog. Praktisch von Beginn an wurden die Spiele aber insofern auch von chinesischer Seite »politisiert«, als Pekings Vize-Bürgermeister im Zusammenhang mit dem sportlichen Großereignis eine Verbesserung der Menschenrechtslage in Aussicht gestellt hatte.

Herausforderungen für China

Die chinesische Führung befand sich damit von Anfang an in einem Dilemma, dessen wirkliche Ausmaße aber nur allmählich erkennbar wurden. Es gab Herausforderungen, über die man sich im Klaren war: die Fertigstellung der olympischen Sportstätten und der notwendigen Verkehrsinfrastruktur, die Bereitstellung der logistischen und organisatorischen Basis für ein solches Event. Weitere Anforderungen wie die Verbesserung der Luftqualität und ausreichende Wasserversorgung in der Hauptstadt sowie die Qualität der Nahrungsmittel für die Athleten kamen hinzu. Schließlich hatte China »grüne Spiele« versprochen.

Doch parallel zu diesen handfesten Aufgaben, die China zu lösen hatte und noch zu lösen hat, entwickelte sich eine weitere Problemdimension. Diese begann deutlicher sichtbar zu werden, als China im Frühjahr 2007 unter Verweis auf die Olympischen Spiele gedrängt wurde, im Interesse einer Lösung des Darfur-Konfliktes seinen Einfluss im Sudan geltend zu machen. Erstmals machte das Wort von den »Genozidspielen« die Runde. Spätestens aber mit den Demonstrationen, die genau ein Jahr vor der Eröffnung der Spiele am 8. August 2007 in Peking und an der großen Mauer stattfanden, wurde deutlich, dass die Austragung der Olympischen Spiele einen idealen Anknüpfungspunkt für verschiedenste Gruppierungen bot, um

das Augenmerk der Weltöffentlichkeit auf markante Probleme zu lenken: Menschenrechtsverletzungen (Tibet, Falungong), das Justizsystem (häufige Anwendung der Todesstrafe), eingeschränkte Freiheitsrechte (Journalisten), gesellschaftliche Missstände (Wanderarbeiter, Bittsteller mit Petitionen an die Behörden) und Chinas außenpolitisches Verhalten (Darfur, Myanmar).

Das zentrale Dilemma für die chinesische Führung besteht darin, dass sie alles daran setzt, damit die Spiele zu dem Erfolg werden, den sie sich vorstellt: Es sollen perfekt organisierte, harmonische und friedliche Spiele werden, die zeigen, wie weit China in den letzten dreißig Jahren mit seiner Modernisierung vorangekommen ist. Bei der Realisierung dieser Vision kommen jedoch Mittel und Methoden zum Einsatz, die China-kritische Beobachter anprangern und zum Anlass für Boykottandrohungen nehmen: Wanderarbeiter ohne Rechte schufteten auf olympischen Baustellen, Einwohner Pekings werden mit oder ohne Kompensation aus ihren Wohnungen vertrieben, um Platz für Straßen zu schaffen, Bittsteller aus der Stadt entfernt. Notorische Störenfriede wie beispielsweise Anhänger von Falungong sollen nicht zu den Spielen einreisen können; in Tibet versucht man, so schnell wie möglich wieder »Ruhe und Ordnung« herzustellen.

Mit dem Zuschlag für die Ausrichtung der Olympischen Spiele sind Erwartungen und Hoffnungen auf Veränderungen in der Volksrepublik geweckt worden, die China nicht erfüllen kann, zum Teil auch nicht erfüllen will. Zudem hat sich aus chinesischer Sicht gezeigt, dass ein Entgegenkommen in bestimmten Punkten nur weitere Forderungen nach sich zieht. So haben die – dem IOC zugesagten – Erleichterungen für die Arbeit westlicher Journalisten im Vorfeld und während der Spiele umgehend die Anschlussfrage aufgeworfen, warum diese nur für Ausländer gelten sollen und warum sie in ihrer Gültigkeit auf die Zeit der Spiele beschränkt werden. Peking hat immerhin auch versucht, das Regime im Sudan zur Zulassung einer inter-

nationalen Friedenstruppe zu bewegen – doch die Kritik, China tue zu wenig, ist deshalb nicht verstummt.

Bojkottforderungen

Teilweise verleihen westliche Medien Politikern in Europa und den USA, die sich deutlich gegen einen Boykott der Spiele aussprechen, das Image von »Komplizen« des chinesischen Regimes, die für ein paar Verträge und ein paar zusätzliche Euro Menschenrechtsverletzungen in China zu ignorieren bereit seien. Die so Angegriffenen stehen folglich unter öffentlichem Rechtfertigungsdruck, wenn sie sich gegen einen Boykott aussprechen. Die »Komplizenschaft« mit dem chinesischen Regime wird quasi augenfällig, wenn Sicherheitskräfte westlicher Regierungen den Fackellauf vor Protesten und Angriffen schützen und gegen Demonstranten vorgehen.

Letztlich stecken aber auch die China-Kritiker, die einen Boykott fordern, in einem Dilemma. Denn ihr Druckmittel wirkt nur so lange, wie ein Fernbleiben von den Spielen nicht tatsächlich von einigen großen Staaten beschlossen wird. Und mit einem Boykott, wenn er denn beschlossen würde, wäre weder Tibet noch den Menschenrechten in China gedient.

Tibet, Chinas Gegenstrategie und ihre Wirkung

Auf die Kritik von außen, die sich angesichts der Ereignisse in Tibet zusehends verstärkt hat, reagieren die chinesischen Entscheidungsträger so, als liege ihr ein »Missverständnis« zugrunde, das auf mangelnde Kenntnisse der Geschichte Tibets und – als Folge der teilweise verzerrten und falschen Darstellung durch die westlichen Medien – des »wirklichen« Hergangs der aktuellen Entwicklungen zurückzuführen sei. Daher wird diesen »falschen« Versionen der tatsächlichen Lage eine eigene, »korrekte« Lesart entgegengestellt.

Das Ergebnis ist ein Bild der Vorkommnisse in Tibet und der Person des Dalai

Lama, das den westlichen Vorstellungen diametral widerspricht. Im Endeffekt fällt es jedoch nicht weniger schwarz-weiß aus als das westliche Bild und verzichtet ebenfalls weitgehend auf Grautöne.

Diese als »Aufklärung« intendierten Darstellungen sind in der derzeitigen emotional aufgeladenen Situation nicht nur nicht hilfreich, sondern sie sind kontraproduktiv. Denn sie werden die Wahrnehmung, dass in Tibet ein friedlicher, unterdrückter David gegen einen übermächtigen Goliath aufbegehrt, nicht im Kern verändern. Indem sie den Dalai Lama als »Schakal in Mönchskutte« verunglimpft und kriminalisiert und ihn bezichtigt, unter dem Deckmantel der Friedfertigkeit in Wahrheit die Drähte der Aufstände zu ziehen, manövriert sich die chinesische Führung in eine Position, in der es ihr praktisch unmöglich ist, in einer Geste der Versöhnung die Hand auszustrecken und dem Dalai Lama ein ernsthaftes Gesprächsangebot zu machen.

Aus chinesischer Sicht ist die Herrschaft über Tibet ein nationales Kerninteresse, das die territoriale Integrität Chinas berührt. Ein Nachgeben Pekings in einer derart zentralen nationalen Frage – weitere sind die Nordwestregion Xinjiang und natürlich Taiwan – ist nicht zu erwarten. Jedenfalls wird China nicht um der Olympischen Spiele willen seine grundsätzlichen Ansprüche herunterschrauben.

Auch wenn die chinesische Version der Geschichte im Westen auf Skepsis oder gar Ablehnung stößt, entfaltet sie doch ihre Wirkung in der chinesischen Bevölkerung. Die Interpretation, dass »der Westen« China die Olympischen Spiele nicht gönne und ihm damit letztlich seinen rechtmäßigen Platz in der Welt verweigere, lässt sich beispielsweise vielfach in den chinesischen Diskussionsforen im Internet finden.

Wie verbreitet solche Anschauungen sind, ist schwer zu ermessen. Die Internetdebatte wie auch die Boykottaktion gegen die französische Ladenkette Carrefour lassen immerhin auf eine gewisse Popularität schließen. Pekinger Bürger mögen in der Vergangenheit kritisch zu den Spielen

und den dafür aufgewendeten staatlichen Investitionen gestanden haben. Da diese Mittel aber nun einmal investiert wurden, liegt es nicht im Interesse dieser Bürger, dass ihr Land durch einen Boykott womöglich um den Lohn für die enormen Aufwendungen geprellt wird.

Keine einfachen Auswege

Angesichts der jüngsten Entwicklungen stellt sich die Frage, wie die Geister, die Peking gerufen hat, wenn schon nicht eingefangen, so doch wenigstens besänftigt werden können. Übersteigerte Erwartungen und von außen erhobene Forderungen nach Veränderung Chinas sind wenig hilfreich, ebenso wenig ist es der Rückzug hinter Mauern von Selbstgerechtigkeit auf beiden Seiten.

Der Zeitfaktor spielt insofern eine Rolle, als in den drei Monaten bis zur Eröffnung der Spiele der Fackellauf noch reichlich Anlass für Protestkundgebungen bieten wird. Und die Liste der Probleme, auf die sich die Kritik richten kann, ist lang. Die Medien werden kaum Interesse an einer Deeskalation der Emotionen haben, denn ein störungsarmer Fackellauf bringt keine Auflage und keine Einschaltquoten.

Die chinesische Regierung hat mittlerweile westliche PR-Firmen angeheuert, die ihr bei der Lösung ihres Imageproblems helfen sollen. Ungeachtet dessen scheint bislang der Rückgriff auf altbekannte Maßnahmen, Propaganda- und Mobilisierungsmittel die Strategie der Wahl zu sein. Offenbar wurde inzwischen – auch aus Furcht vor Anschlägen – die Visumsvergabe für China beschränkt, und es kursieren Gerüchte über Aufenthaltsrestriktionen, zum Beispiel für ausländische Studenten während der Spiele.

Es ist zu hoffen, dass hinter den Kulissen alternative Strategien und ein flexibleres Vorgehen diskutiert werden. Eine große symbolische Geste der chinesischen Regierung (beispielsweise die Ratifizierung des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte), die denkbar wäre,

würde aber nicht unbedingt Veränderungen in der Praxis nach sich ziehen. Sollen dauerhafte, tragfähige Lösungen gefunden werden, erfordert dies sehr viel mehr Zeit als die knappe Frist bis zum Beginn der Spiele. Selbst wenn sich die chinesische Führung jetzt zu entschiedenen Schritten entschließen würde, bestünde unter den derzeitigen Vorzeichen die Gefahr, dass sie als bloße Taktik abgetan werden.

Westliche Politiker sollten deutlich machen, dass die Kerninteressen Chinas verstanden werden und nicht in Frage stehen. Positive Schritte der chinesischen Seite sind auch öffentlich als solche anzuerkennen. Chinas Sicherheitsinteressen – beispielsweise die Furcht vor terroristischen Anschlägen im Vorfeld und während der Spiele – sollten ernst genommen und nicht einfach abgetan werden als fadenscheiniger Vorwand für Repressalien. Für Ratschläge und Lösungsvorschläge an die chinesische Seite sind nicht-öffentliche Formate eher geeignet als publikumswirksames *shaming and blaming*. Sie sind allerdings auch weniger medienträftig als ein Treffen mit dem Dalai Lama.

Doch bleibt auch bei nicht-öffentlichen Formaten die Frage, ob sich Pekings Entscheidungsträger wieder zu einer offeneren Haltung durchringen können, die nicht jede Kritik als Einmischung in Chinas innere Angelegenheiten zurückweist. Das Angebot, mit dem privaten Abgesandten des Dalai Lama das Gespräch zu eröffnen, könnte dafür ein erstes positives Zeichen sein.

Eine fortgesetzte Frontbildung entlang der derzeit erkennbaren Linien birgt nicht nur das Risiko einer nationalistischen Aufwallung auf chinesischer Seite (mit Auswirkungen auch auf den sportlichen Teil der Spiele). Sie würde vor allem auch diejenigen Kräfte in China stärken, die dafür eintreten, dass gegenüber westlichen Vorstellungen und Forderungen noch weniger Kompromissbereitschaft gezeigt wird, und die mit dem Ausland keine Frage diskutieren wollen, die aus ihrer Sicht Chinas Souveränität berührt.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2008
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364